Halle und Umgebung.

Halle, den 23. Juli 1920.

Die Besoldungsreform vor dem Haushaltsausschuß.

Volles Einverständnis mit den Beamtenorganisationen. — Die Kinderzulage. — Acht Millionen Unkosten. — Staffelweise Entlassung von Kriegsaushilfen. — Das stark angeschwollene Heer der städtischen Bediensteten. — Neuregelung der Magistratsgehälter.

Wie schon im Morgenblatt kurz berichtet, erledigte gestern nachmittag in einer dreieinhalbstündigen Sitzung der Haushaltsausschuß die große Besoldungsvorlage. Es war ein recht umfangreiches Werk, das dem Ausschuß vorlag. Gleich zu Beginn der Verhandlungen stellte der Vorsitzende fest, daß es Anerkennung verdiene, daß trotz der Schwierigkeiten, wie sie gegenwärtig die Lösen im Magistrat schaffen, dennoch die Vorlage so rasch hat abgeschlossen werden können. Es stecke in dem Besoldungsplan eine solche Menge von Fleiß, Vertiefung in die Materie und Sachkenntnis, daß man ihrem Verfasser, Herrn Stadtrat Belthuysen, Dank aussprechen müsse.

Der Magistrat hatte zur Vorberatung der Besoldungsreform in einem Maße, wie das bisher niemals geschehen ist, aber durchaus dem Geist unserer Zeit und den Forderungen der Billigkeit entspricht, die Beamtenorganisationen herangezogen. Dadurch wurden alle Voraussetzungen gegeben, ein Werk zu schaffen, das geeignet ist, Zufriedenheit in die hallische Beamtenschaft zu tragen. Infolgedessen erübrigten sich auch bei den gestrigen Beratungen im großen und ganzen Abänderungsanträge. An den einzelnen Sätzen und Eingruppierungen der Beamten wurde überhaupt nichts geändert. Wohl aber rief der Mantel der Vorlage, d. h. die allgemeinen Bestimmungen, eine längere Aussprache hervor.

Im allgemeinen schließen sich die Bestimmungen an die des Staates und die anderer Städte, mit denen Halle in Vergleich gestellt werden kann, an. Den Beamten und Angestellten wird ein Grundgehalt festgesetzt, dessen Sätze für die einzelnen Kategorien wir in der gestrigen Abend- und in der heutigen Morgennummer mitgeteilt haben. Zu diesem Grundgehalt tritt ein Ortszuschlag nach Ortsklasse C, der für die Klassen 1—3 1400—2000 Mark, für die Klassen 4 und 5 1700—2300 Mark, für die Klassen 6 bis 8 2000—2600 Mark, Klasse 9 2300—2900 Mark und für die Klassen 10—13 2600—3200 Mark beträgt, ferner erhalten die Beamten und Angestellten mit Rücksicht auf die Teuerung einen sogenannten Ausgleichszuschlag, der 50 % der Summe beträgt, die das Grundgehalt und der Ortszuschlag zusammen ausmachen.

Der fünfzigprozentige Zuschlag, der ja auch vom Staate gegeben wird, war bei den gestrigen Beratungen Gegenstand der Kritik. Es wurde angeregt, 60 % für alle Einkommen bis 10 000 Mark zu geben, darüber hinaus 50 % oder 55 % bis zu 10 000 Mark und 45 % über 10 000 Mark. Aber diese und ähnliche Vorschläge wurden schließlich fallen gelassen, da sie einmal nur neue hohe Belastungen bringen würden und sich zum andern von dem Schema, das der Staat und das andere Städte aufgestellt haben, ohne zwingenden Grund entfernen. Und weiter sprach stark mit, daß die Berufsvertretungen der Beamtenschaft sich mit der vom Magistrat vorgeschlagenen Regelung durchaus zufrieden erklärt haben. Daß man den Direktoren unserer erwerbenden Institute, des Elektrizitätswerkes, der Gas- und Wasserwerke und der Straßenbahn, eine Sonderzulage von 3000 Mark zugedacht hat, wurde von einzelnen Mitgliedern des Ausschusses ebenfalls beanstandet. Aber es konnte darauf hingewiesen werde, daß die Industrie derartige Stellen viel höher bezahle.

Außer den angeführten Bezügen erhalten die Beamten und Angestellten eine Kinderzulage für jedes unterhaltungsberechtigte Kind, und zwar bis zum 6. Lebensjahre monatlich 40 Mark, bis zum 14. Lebensjahre 50 Mark. Nach der Magistratsvorlage sollen vom 15. bis zum 21. Lebensjahre für jedes Kind, das nicht ein reichssteuerpflichtiges Einkommen hat, weiter monatlich 60 Mark bezahlt werden. Diese letztere Bestimmung traf bei den Unabhängigen und bei einem Teil der bürgerlichen Stadtverordneten auf entschiedenen Widerspruch. Man hielt es für ausreichend, wenn jene 60 Mark monatlich bis zum 16. Jahre gezahlt würden. Demgegenüber wurde geltend gemacht, daß es Förderung verdiene, wenn die Beamten ihren Kindern eine bessere Ausbildung zuteil werden lassen, so daß die Kinder noch über das 16. Jahr hinaus zur Schul- und Berufsausbildung erhebliche Aufwendungen erfordern. Der Staat zahle jene Kinderzulage auch bis zum 21. Jahre. Wenn die städtischen Arbeiter in Halle Kinderzulagen abgelehnt haben, so könne das für die Entscheidung in dieser Frage nicht mitsprechen, denn woanders hätten die Arbeiter sich mit Kinderzulagen durchaus einverstanden erklärt, und auch in der Industrie würden die Kinderzulagen von den Arbeitern als etwas Berechtigtes angesehen. Wenn man die Kinderzulage auf das 16. Lebensjahr begrenze, sei es übrigens wahrscheinlich, daß der Stadt von der Regierung eine Zwangsauflage zur Wiedereinsetzung der Zulagen bis zum 21. Jahre gemacht werden. Dennoch wurde schließlich gegen eine starke Minderheit die Bestimmung, die die Grenze auf das 21. Jahr festsetzt, abgelehnt und die Kinderzulage nur bis zum 16. Jahre erstreckt. Dazu sei aber gleich noch bemerkt, daß wahrscheinlich dieser Beschluß am nächsten Montag in der Stadtverordneten-versammlung noch revidiert wird, denn am Schluß der Beratung der Besoldungsvorlage, als man sich mit den Bezügen der Lehrer zu befassen hatte, wurde festgestellt, daß die Lehrer, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, die Kinderbeihilfen bis zum 21. Jahre erhalten müssen; man würde also die Beamten schlechter stellen als die Lehrer, wenn man die Kinderbeihilfe auf das 16. Jahr begrenzen wollte, und aus solcher Erwägung heraus werden, soweit wir die Sachlage beurteilen können, am kommenden Montag auch wohl mehrere von den bürgerlichen Stadtverordneten, die gestern im Ausschuß für die Begrenzung waren, schließlich doch die Magistratsvorlage, also das 21. Jahr, als Grenze annehmen.

Bei der Beratung der Besoldung für die Angestellten wurde der Antrag gestellt, da die Beamten ihr Gehalt im voraus bekommen, auch den Angestellten die gleiche Behandlung zuteil werden zu lassen. Vom Magistrat wurde zwar zugegeben, daß das der Wunsch eines großen Teils der Angestellten sei, aber die Sache habe doch auch ihre Bedenken. Die Fälle seien nicht selten, wo ein städtischer Angestellter seine Stellung wechsle und in die Industrie übertrete. Die Industrie zahle aber durchweg postnumerando. Auf diese Weise würde dann ein solcher Angestellter zwei Monate ohne Bezüge sein und leicht in Schwierigkeiten geraten. Wenn man jetzt den Angestellten schon das Gehalt für den August gezahlt habe, so würde ein Weg gefunden werden, um die Pränumerandozahlung schmerzlos wieder auszugleichen. Im übrigen erhalten die Angestellten, die sich in einer bedrängten Lage befinden, auf ihren Antrag Vorschuß. Die Vorauszahlung an die Angestellten wurde schließlich abgelehnt.

Wichtig war noch die Feststellung, daß in unserer Verwaltung dem Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen" im besonderen Maße stattgegeben werden solle. So soll es z. B. einem Magistratsboten, der tüchtig ist und sich weiterbildet, nicht verwehrt sein, Magistratsassistent oder gar Verwaltungssekretär zu werden, wofern er für diesen Posten die nötige Eignung zeigt.

Selbstverständlich bedeutet die Besoldungsreform, die aber für jeden Einsichtigen unvermeidlich ist, eine starke Belastung für den Stadtsäckel. Die Aufbesserung erfordert nicht weniger als 8 Millionen Mark. Davon sind aber nur 7 200 000 Mark im Etat gedeckt. Für 800 000 Mark fehlt die Deckung. Man hofft sie sich aber dadurch schaffen zu können, daß man die gegenwärtig unbesetzten Stellen erst vom 1. Oktober ab wieder besetzt. Des weiteren ist ein Ausgleich dadurch zu erwarten, daß die städtischen Beamten sich bereit erklärt haben, volle acht Stunden zu arbeiten, so daß eine größere Anzahl Kriegsaushilfen entbehrlich werden. Man wird dadurch 140 Arbeitskräfte sparen. Ein Drittel der Kriegsaushilfen können zum 1. Oktober und ein weiteres Drittel zum 1. Januar entlassen werden. Bei Besetzung von offenen Stellen der Beamten und Angestellten wird man allerdings Kriegshilfen, die sich als brauchbar erwiesen haben, in erster Linie berücksichtigen. Kommt Halle, das nach der vorliegenden Besoldungsordnung in die Klasse C eingereiht ist, in eine höhere Ortsklasse, vielleicht nach Klasse D, so ergeben sich daraus aber sofort wieder Aufwendungen von beinahe einer Million Mark. Genau ist die Zahl auf 915 000 Mark errechnet worden. Das würde das Exempel natürlich wieder umwerfen. Betont wurde vom Magistratstisch, daß mit allen Mitteln auf Sparsamkeit in der Verwaltung hingearbeitet werden soll, namentlich auch hinsichtlich des Personals. Unser Beamtenheer ist außerordentlich angeschwollen, das Heer der städtischen Arbeiter gleichfalls. Im Jahre 1914 hatten wir in Halle 865 städtische Beamte, jetzt 1005. Im Jahre 1914 waren bei der Stadt beschäftigt 272 Angestellte, jetzt 345. Hilfskräfte (Kriegshilfen) hatten wir 1914 keine, jetzt 671. Also eine Steigerung der Zahl der Angestellten um ungefähr 900. Und mit den städtischen Arbeitern liegt die Sache nicht viel anders. 1914 beschäftigte die Stadt 1672 Arbeiter, jetzt 2509. Im ganzen hat sich also die Zahl der städtischen Beamten und Arbeiter seit 1914 um mehr als 1700 Köpfe vermehrt. Angesichts dieser Verhältnisse, die den Etat natürlich außerordentlich belasten, soll äußerste Sparsamkeit geübt werden.

Die Besoldungsreform der Lehrkräfte an den Volksschulen erfordert eine Belastung von 3,7 Millionen Mark. Bei dieser Summe sind schon 963 000 Mark, die wir für die Lehrerbesoldung vom Staat zu bekommen haben, in Abzug gebracht. —

Es wird unsere Leser interessieren, wie sich künftig — Anfangsgehalt, Ortszuschlag und Ausgleichszuschlag zusammengenommen — die Bezüge für einen kinderlos Verheirateten in den verschiedenen Klassen stellen. Wohin die einzelnen Beamten und Angestellten gehören, ist ja in der heutigen Frühnummer mitgeteilt. Danach beträgt das Gehalt in Klasse

I	8 100—12 000 M
II	8 550—12 600 M
III	9 000—13 350 M
IV	10 050—14 700 M
V	10 650—15 600 M
VI	11 700—16 950 M
VII	12 300—17 850 M
VIII	13 200—19 200 M
IX	14 850—21 450 M
X	16 500—23 700 M
XI	18 450—26 550 M
XII	21 150—30 000 M
XIII	24 600—34 800 M

Wir wollen unseren Bericht nicht schließen, ohne darauf hinzuweisen, daß bei dieser Besoldungsreform die Bürgermeister und die Stadträte noch nicht berücksichtigt sind. Für sie müssen die neuzeitlichen Gehälter noch festgesetzt werden, und zwar soll das am Montag geschehen, so daß dann der Referent über das ganze Besoldungswerk auch gleich diese Angelegenheit erledigen kann. xx

Ernte und Nachversicherung.

Die Ernte hat begonnen, die Scheunen füllen sich, bei den heutigen Preisen übersteigt der Wert der Vorräte die früheren Werte um das Vielfache. Da ist es dringend nötig, schleunigst nachzuversichern, will man keinen Schaden bei einem Brandunglück erleiden. Haben ein Haus, eine Wirtschaft oder die Ernte nach heutigen Preisen 50 000 Mk. Wert, sind sie aber nur mit 10 000 Mk. versichert, so werden im Brandfalle nicht etwa, wie viele meinen, alle Schäden bis zu 10 000 Mk. voll ersetzt, sondern es wird von jedem Schaden nur der fünfte Teil des heutigen Wertes vergütet. Also versichern!

Schützt aber auch unsern wertvollen Erntesegen vor Schadenbränden! Wir brauchen ihn dringend. Geht acht auf die Kinder und haltet sie scharf im Auge, daß sie nicht durch leichtsinniges Spiel mit Streichhölzern, Feuerwerkskörpern usw. ein Brandunglück anrichten. Duldet nicht ihr Spiel in der Nähe von Feldscheunen und Diemen; verhindert auch das Nächtigen Obdachloser darin und überwacht die Feldmark! Jeder sei vorsichtig mit Feuer und Licht; kein Wegwerfen brennender Zigarren, Zigaretten oder Streichhölzer! Achtet auf Instandhaltung der Feuerungsanlagen und sichere Aufbewahrung der Asche! Verwahrt sorgfältig leicht entzündliche Brennstoffe und benutzt hierbei unzerbrechliche Behälter! Laßt die elektrischen Anlagen jährlich wenigstens einmal nachsehen und Schäden nur durch einen Fachmann ausbessern! Dann werden viele Schadenbrände verhütet und dem Volksvermögen manche unersetzlichen Verluste erspart werden.

Der Verbandstag des Eisenbahn-Assistenten-Verbandes

fand am 19. und 20. Juli in Kassel im Stadtparksaal statt. Es waren etwa 200 Delegierte der 16 000 Mitglieder aus allen Teilen des Reiches erschienen. Von der Eisenbahndirektion Kassel wohnte Reg.-Rat Hertel, ferner der 1. Vorsitzende der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, Gütervorsteher Schuldt, M. d. R., wie auch Vertreter der Beamtenorganisationen der Länder der Tagung bei. Die Tagung stand unter dem Eindruck einer großen Unzufriedenheit, die sich aus der Bewertung der Eisenbahn-Assistenten in der Besoldungsordnung ergeben hat. Als Ausfluß dieser Stimmung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der in Kassel am 19. und 20. Juli 1920 tagende Verbandstag des Eisenbahn-Assistenten-Verbandes, der von den Vertretern aus allen Teilen des Reiches besucht ist, stellt mit Entrüstung fest, daß, obwohl die Eisenbahn-Assistenten in einzelnen Ländern und die Assistentenklassen bei der Finanzverwaltung und des Reiches in die Sekretärklasse überführt und die Lehrer in Klasse 7 eingestuft worden sind, die preußischen Eisenbahn-Assistenten zurückgeblieben sind. Der Eisenbahn-Assistenten-Verband erhebt erneut seine seit Jahren vertretene Forderung, mit den gleich zu achtenden Beamtengruppen des Reiches und anderer Ressorts gleichgestellt zu werden und ersucht die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter, diese Forderung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu verwirklichen."

Durch die Arbeit des Verbandes war ferner im Wege des Erlasses die Beförderung von Eisenbahn-Assistenten ohne Prüfung zu Vorstehern und Sekretären angeordnet. Aus diesen Beförderungen haben sich Mißbelligkeiten ergeben, so daß nachstehende Entschließung angenommen wurde:

„Die zum 15. Verbandstag versammelten Vertreter des Eisenbahn-Assistenten-Verbandes erheben Beschwerde gegen die unterschiedliche Art der Beförderung von 485 Eisenbahn-Assistenten ohne Prüfung zu Vorstehern und Sekretären, die mit den Absichten des Ministeriums nicht im Einklang stehen. Der Verbandstag bittet den Herrn Minister, eine Untersuchung darüber anzustellen, ob bei diesen Beförderungen einwandfrei und nach den Richtlinien des Ministers gehandelt worden ist. Der Verband wird alsbald dem Minister eine Statistik unterbreiten, die unsere Beschwerden näher belegt."

Durch die vor kurzem erfolgte Gründung der Reichsgewerkschaft, der der Verband angeschlossen ist, wurde ferner der Antrag angenommen, daß der Eisenbahn-Assistenten-Verband mit einigen weiteren Verbänden sich zu der Fachgewerkschaft der nichttechnischen Eisenbahnbeamten zusammenschließt. Eine ganze Reihe Anträge, die sich mit der Personalreform und der Besoldungsordnung befaßten, wurden behandelt und der Reichsgewerkschaft sowie dem Vorstande zur weiteren Bearbeitung übergeben.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Monat Juni.

Von zuständiger Stelle wird uns berichtet:

In der Beschäftigung des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus hat sich im Juni gegen den Vormonat keine wesentliche Veränderung vollzogen. Die Stillegung bezw. Absatzbehinderung mancher Industrien machte sich noch wie vor im Rohkohlengeschäft bemerkbar und erzeugte einen unvermindert starken Andrang von berufsfremden Arbeitern, die wegen mangelhafter Wohngelegenheit und fehlender Beschäftigungsmöglichkeit nur zu einem sehr geringen Teil angelegt werden konnten. Im Gegensatz zu diesem Andrang von ungelernten Kräften machte sich der Mangel an gelernten Häuern im Berichtsmonat noch stärker als in den Vormonaten geltend. Gemäß der am 3. Juli zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern getroffenen Vereinbarungen zum Tarifvertrage vom 17. April wurde mit Wirkung vom 1. Juni das Kindergeld um 100 Prozent und das Hausstandsgeld um 50 Prozent erhöht. Die tariflichen Lohnsätze erfuhren durch die neue Vereinbarung keine Veränderung, doch versuchten die im Gedinge beschäftigten Arbeiter auf manchen Gruben eine Erhöhung der Gedingesätze durchzuführen. Ueberschichten wurden nur in beschränktem Umfange verfahren. Anläßlich der Einführung des 10prozentigen Steuerabzuges vom Lohne fanden unwesentliche örtliche Arbeitsniederlegungen statt. Zu einem Streik von größerer Bedeutung kam es am 25. Juni auf der Grube Golpa und dem von ihr mit Kohle versorgten Kraftwerk Zschornewitz. Bemerkenswerter Weise streikten auf Golpa-Zschornewitz nicht die Arbeiter, sondern die Angestellten. Sie verlangten eine allgemeine gleichmäßige Gehaltserhöhung durch Gewährung von einheitlichen Leistungsprämien. Diese Forderung bedeutete einen Bruch des bestehenden Tarifvertrages und wurde deshalb von der Direktion abgelehnt. Durch den Streik wurde die Lichtversorgung

Saison-Ausverkauf vom 23. Juli bis 14. August **Alex Michel**

Die Preise sind ganz bedeutend herabgesetzt. Ueberzeugen Sie sich selbst, Beachten Sie die Schaufenster.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200723048/fragment/page=0001

Berlins ernstlich gefährdet. Auf Veranlassung des Berliner Magistrats fanden am 30. Juni im Reichsarbeitsministerium Einigungsverhandlungen statt. Unter dem Drucke der von der Berliner Arbeiterschaft angedrohten gänzlichen Abschnürung des elektrischen Stromes für Berlin fanden sich die Elektrowerke zur Erfüllung der unter Tarifbruch erhobenen Forderungen bereit und gewährten sämtlichen Angestellten der Galva-Zschornewitzischen Betriebe rückwirkend vom 1. Mai eine feste monatliche Zulage von 100, 120 und 140 Mk. Zu Lohnstreitigkeiten mit Arbeitsniederlegung kam es im Berichtsmonat ferner auf der Grube der Bayerischen Ueberlandzentrale zu Penholz (Oberpfalz).

Die Wagenstellung ließ in der ersten Monatshälfte im Eisenbahndirektionsbezirk Halle zu wünschen übrig, war aber in der zweiten Monatshälfte durchaus befriedigend.

An besonderen Ereignissen ist ein Wasserdurchbruch auf der Grube „Concordia" bei Nachterstedt und ein Grundwasserdurchbruch der Gewerkschaft „Heureka" zu Menzelwitz zu erwähnen.

Klagen über die Post.

Warum sorgt die Post nicht für ausreichende Mengen von Briefmarken? Das ist eine der Fragen und Klagen, die in letzter Zeit häufig in der Oeffentlichkeit erhoben werden. Und in der Tat, der Markenmangel ist unleugbar. Worauf aber ist er zurückzuführen? Die Hauptursache ist allgemein bekannt: der erhöhte Gebührentarif für den innerdeutschen Verkehr, dann aber auch der durch den Stand unserer Valuta verteuerte Auslandspostverkehr erfordert einen so gewaltigen Verbrauch an Postwertzeichen, daß die Herstellung damit nicht mehr gleichen Schritt zu halten vermochte. Hinzu kommt aber noch ein Umstand, der den Aufbrauch der Briefmarken wesentlich beeinflußt, d. i. die Verwendung der Briefmarken als Kleingeldersatz. Auf diese Weise werden so bedeutende Mengen ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen, daß man sich wirklich nicht wundern kann, wenn hier und da ein Mangel eintritt, der nicht so geschwind zu beheben ist, wie man wünschen möchte.

Was tut nun die Post, um diese offenkundige Kalamität zu beseitigen? Ihr Hauptbestreben ist, mehr Marken zu drucken. Das wird ihr gelingen, wenn die Zweifarbendruckmarken durch die der Oeffentlichkeit bereits angekündigten einfarbigen ersetzt werden. Sodann werden die niederen Markwerte in kleinerem Format herausgegeben werden, wodurch die Zahl der gleichzeitig herzustellenden Wertzeichen erheblich vermehrt wird. Weiter wird an neuen hochwertigen Marken (zu 10 und 20 Mk.) eifrig gearbeitet; es ist zu erwarten, daß diese in absehbarer Zeit erscheinen werden. Schließlich wird es den Verbrauch an Postwertzeichen nicht unerheblich vermindern, daß die Postanstalten jetzt hohe Beträge an Auslands-Paketporto auf den Paketkarten nicht mehr durch Freimarken darzustellen brauchen, sondern bar verrechnen können.

Das Zusammenwirken dieser Maßnahmen wird es hoffentlich erreichen, daß der viel beklagte Markenmangel recht bald der Vergangenheit angehört.

Heilkünstler Ruge.

Die Deutschnationale Volkspartei hatte sich für gestern abend den Herrn Dozenten Ruge aus Heidelberg verschrieben, welcher über die Krankheit des deutschen Volkes vor halbvollem Hause des Thaliasaales sprach. Was sich Herr Ruge nun im Verlaufe seines Vortrages an Verdrießungen leistete, war einfach haarsträubend und soll an dieser Stelle etwas näher beleuchtet werden. Daß Herr Ruge als Oberantisemit seinen Vortrag mit dem Satze begann: „Unsere gemeinsten Feinde sind die Juden", hat uns nicht weiter überrascht. Sein geiferwolles Schimpfen während seiner Rede, wo er alles jüdisch nennt und begeifert, was man sich denken kann, wo er von unseren Reichsfarben als von einem elenden Judenfetzen spricht, beweist eben, daß Herr Ruge nur zu bemitleiden ist, der Antisemitismus hat sich bei Ruge zur fixen Idee ausgebildet.

Herr Ruge sagt, die Deutschnationale Partei sei die einzige Partei, die wirkliches Nationalgefühl besitze und das Vaterland über die Partei stelle; keine andere Partei, auch die Deutsche Volkspartei nicht, wäre national. Herrn Ruge sei an dieser Stelle gesagt, daß beispielsweise die Demokraten national sind, aber nicht immer soviel davon reden, wie die Herren von rechts. Die Forderung „Das Vaterland über die Partei" trifft nur auf die Deutsche Demokratische Partei zu. Wir haben das Vaterland über die Partei gestellt und sind auch dabei unter den Schlitten gekommen, weil wir es verschmähten, „des Vaterlandes Not parteiagitatorisch auszunützen", wie es von den Deutschnationalen auf telegraphische Anweisung ihrer Reichsgeschäftsstelle tatsächlich geschehen ist.

Des Weiteren vermißt Herr Ruge überall die Treue, die wiederum seiner Meinung nach, nur Rechts zu finden sei. Eine solche Behauptung aufzustellen, ist doch etwas leichtsinnig. Den Gegenbeweis kann ja jedes Schulkind bringen, mein verehrter Herr Ruge. Denken Sie nur mal an die Treue der Stützen von Thron und Altar bei Ausbruch der Revolution und dann an die Treue der Herren Kapp, Lüttwitz, Traub, Schiele usw.

Herr Ruge geht dem Parlamentarismus zuleibe. Der Parlamentarismus sei undeutsch und das größte Unheil für uns. Diejenigen mit dem größten Geldbeutel, die es verständen, sich vorzudrängen, würden Führer in Deutschland. So hätte sich z. B. der volksparteiliche Herr Rieser in Baden sein Reichstagsmandat ebenfalls nur erkauft. Da haben Sie recht Herr Ruge. Das ist aber nicht nur in Baden passiert, sondern auch hier in Halle und wer weiß wo noch. Die Schwerindustrie hat es sich eben was kosten lassen, und die Masse der Wähler fiel darauf herein. Wie kommt es aber, Herr Ruge, daß Sie vor der Wahl derartige Machenschaften nicht nur gut hießen, sondern auch in gewissem Maße noch Reklame machten für die Deutsche Volkspartei? Sie hätten doch eher die Deutsche Demokratische Partei in ihrer Aufklärungsarbeit unterstützen müssen. Das parlamentarische System, sagt Ruge dann weiter, hat es auch fertig gebracht, daß, während draußen die Krieger sich verbluteten, im Lande der Blödsinn mit dem Wahlrecht inszeniert wurde. Da haben Sie in gewisser Beziehung wiederum recht. Ich gehe sogar noch weiter und sage, es war nicht nur blödsinnig, sondern bodenlos leichtsinnig und verbrecherisch am deutschen Volke gehandelt, daß man ihm das gleiche Wahlrecht vorenthalten wollte. Und die das taten, Herr Ruge, waren nicht die Demokraten, sondern die Herren von rechts, die ja nach ihrer Meinung das Vaterland über die Partei stellen.

Daß wir, wie Herr Ruge zum soundsovielten Male behauptet, den Krieg gewonnen hätten, wenn der uneingeschränkte U-Bootkrieg durchgeführt worden wäre, mag richtig sein. Wir hätten aber dann eben genügend U-Boote haben müssen. Daß wir sie nicht hatten und daß wir demzufolge den Krieg verloren, ist also lediglich Sache des Herrn Tirpitz.

Herr Ruge läßt im Anschluß hieran noch eine Schimpfkanonade los gegen die Universitäten und Professoren, die während des Krieges vor Juden und Mädchen Vorlesungen gehalten hätten. Die Buben hätten zugemacht werden müssen; alles mußte an die Front oder zum Hilfsdienst. Es wäre eben schlimm, daß die Universitätsprofessoren von Politik nichts verständen; sie bildeten es sich nur ein, weil sie gelehrte Männer seien und den Geheimratstitel führten. Herr Ruge redete während seines Vortrages immer von dem Uebel der Ueberschätzung der einzelnen Persönlichkeit, scheint aber dabei von der Größe seines eigenen Ich so durchdrungen zu sein, daß er sich berufen fühlt, alles zu kritisieren. Die schlimmsten Feinde unseres Volkes sind die liberalen Theologen, fährt er weiter fort, warum, das hat er nicht gesagt. Daß er über die politische Gleichberechtigung der Frau ebenfalls seine Glossen macht, mögen sich vor allem die Frauen recht merken! Vor der Wahl wurde ja immer das Gegenteil behauptet.

Herr Ruge bringt ein Gesetz in Vorschlag, mit dem ich durchaus einverstanden bin. Er sagt nämlich: „Jeder Pressemensch, der einen Volksgenossen öffentlich in der Presse persönlich anreist und verunglimpft, müßte mit 10 Jahren Zuchthaus bestraft werden." Herr Redakteur Böttcher von der Bad. Ztg. wird wohl bei diesem Vorschlag eine Gänsehaut übergelaufen sein. Endlich führte Herr Ruge am Schlusse seiner Ausführungen noch einen Satz an, den ich die Oeffentlichkeit auch nicht vorenthalten möchte. Er sagte nämlich: „Ich habe den Abg. Düringer in meinem Wahlkreise nicht gewählt, weil er Traub verleugnet hat. Es wirft ein schlechtes Licht auf unsere Partei, daß sie den Leuten, die auf die Barrikade gestiegen sind und die man ehren müßte, die Treue nicht gehalten hat." Die Vorstandsmitglieder machten bei dieser Rüge, die sie da von Herrn Ruge bezogen, recht verdutzte Gesichter.

Ja, ja, lieber Leser, die Treue ist eben nur bei der Deutschnationalen Partei zu finden. Redner schloß seine zweistündige Schimpfkanonade mit den Worten: „Ich habe meinen Fahneneid auf die schwarz-weiß-rote Fahne geschworen und erkenne keine andere Fahne an, auch nicht die jetzige elende Judenfahne".

Wer da glaubt, durch diesen Vortrag Aufklärung über die Krankheit des deutschen Volkes zu erhalten, täuschte sich. Geschimpft, Gehetzt wurde fürchterlich, sonst aber auch nichts, rein gar nichts.

C. Herrmann.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten, am Montag, den 26. Juli 1920, nachmittags 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung. 1. Besoldungsreform für Beamte und Angestellte. 2. Zusatztrsweg zum Alters- und Pflegeheim. 3. Haushaltsplan der Grube „Karl Ernst". 4. Haushaltsplan der Grube „Frohe Zukunft". 5. Haushaltsplan für 1920: a) Kap. XXI Ba Wohnungsamt, b) Kap. XXI Bb Mietseinigungsamt, c) Kap. II Grundeigentum, d) Kap. III Berechtigungen, e) Kap. XXI A Arbeitsamt.

Ungültigkeit von Straßenbahnheftfahrscheinen. Die etwa noch im Verkehr befindlichen Fahrscheinhefte aus den früheren Tariferhöhungen mit Magistratstrockenstempel, roten Zahlen und rotem Querstrich, verlieren mit dem 1. August 1920 ihre Gültigkeit. Es gelten von diesem Zeitpunkt ab nur noch Heftfahrscheine, welche mit schwarzen Zahlen und in der linken Ecke mit „30 Pfg." bedruckt sind. Inhaber der vom 1. August ab ungültigen Fahrscheinhefte wollen diese bis zum genannten Zeitpunkt in der Straßenbahnkasse, Berliner Straße 1, umtauschen.

Auszeichnung. Herrn W. Usbek, Leutnant der Landwehr a. D. in Dölcu (früher Halle) wurde für Kriegsverdienste das Bayerische (goldene) Militärverdienstkreuz 1. Klasse mit Schwertern nachträglich verliehen.

Einen Waldgottesdienst gedenkt die Evangelische Stadtmission am nächsten Sonntag, nachm. 4½ Uhr, bei günstiger Witterung in der Nähe des Waldkaters zu veranstalten, wobei die Stadtmissionare Else und Kollmeyer Ansprachen halten werden und der Posaunen- und Gemischte Chor den musikalischen Teil übernehmen. Abends 8¼ Uhr findet im Stadtmissionshause eine Evangelisationsversammlung statt, wobei Professor Schniewind über „Der Geist der Gotteskindschaft" sprechen wird.

Neue Ortsgruppe der christlichen Gewerkschaft. Vor kurzem erfolgte hier die Gründung einer Ortsgruppe des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner, der zum Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften gehört.

Das Volkstümliche Sinfonie-Konzert, das am Donnerstag abend von der verstärkten Kapelle der Sicherheitspolizei unter Leitung des Musikdirektors Kott gegeben wurde, hatte unter Ungunst des Wetters zu leiden. Durch den kurz vor Beginn einsetzenden Regen hat sich mancher Musikfreund abhalten lassen, die Veranstaltung, die im Saal stattfand, zu besuchen. Die Vorführungen setzten ein mit der schwungvollen Ouvertüre zur „Euryanthe" von Weber. Dann folgte das Hauptstück des Abends, die berühmte „Pathétique" von Tschaikowsky, ein Werk voll gefühlsinniger Lyrik und dramatischer Spannungen, das besonders in seinem walpurgisnachtartigen dritten Teil, dem Allegro molto vivace, mit Meisterschaft sowohl seitens des Leiters, der seine Musikschiffleln mit sicherer Hand über das wildbewegte Tonmeer führte, als auch seitens der Kapelle vorgetragen wurde. Der Beifall wollte dann auch nach diesem Stück kein Ende nehmen. Der zweite Teil brachte die lebensfreudige „Akademische Festouvertüre" von Brahms, das weltentrückende „Ave Maria" von Bach und die tiefe Tragik atmende symphonische Dichtung „Tasso" von Liszt. Alles wurde mit sicherem Können und guter Herausarbeitung der Höhepunkte wiedergegeben, so daß zum Schluß das Publikum mit seiner Zustimmung nicht kargte. Ka.

Selbstmord. In seiner Wohnung in der Kl. Klausstraße verübte ein Pensionär Selbstmord durch Erhängen.

Einbruch. In letzter Nacht wurde an einem Herrengarderobengeschäft eine Schaufensterscheibe eingeschlagen und aus der Fensterauslage Herrenwäsche im Werte von etwa 500 Mark gestohlen.

Wegen Heiratsschwindels und schwerer Urkundenfälschung befindet sich seit Februar 1920 ein angeblicher Dr. med. et phil. Kurt Otto Mueller, am 6. 6. 1888 in München geboren, in Königsberg i. Pr. in Haft. Er hat dort als Spezialarzt für Homöopathie und innere Krankheiten die ärztliche Praxis ausgeübt. Der angegebene Name und die Personalien stimmen nicht. Er lehnt die Angabe der Universität, an der er das ärztliche Examen bestanden hat und wo er die Doktorwürde erreicht haben will mit der Begründung ab, daß sonst sein Name bekannt würde, den er mit Rücksicht auf seine traurigen Familienverhältnisse zu verschweigen Veranlassung habe. Nach seiner letzten Angabe soll der Name Mueller richtig, aber nicht vollständig sein. Ein bei ihm gefundener Briefrest läßt die Anrede „Lieber Oskar" erkennen. Fest steht, daß der Betrüger sich vor dem Kriege in Halle aufgehalten und sich hier Dr. Mueller genannt hat. Auf Vorhalt gibt er an, im ersten Halbjahr 1914 am pharmakologisch-chemischen Institut mit einem Dr. Lebedinski unter Prof. Harnack gearbeitet zu haben. Nach einer weiter bei ihm gefundenen Ansichtskarte hat er mit Angehörigen der Verbindung „Ernestina" in Coburg in Verbindung gestanden. Wer Angaben über die Person des angeblichen Mueller, der zweifellos eine schwere Strafat zu verbergen hat, machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, zu melden. Dort liegt auch ein Lichtbild aus.

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Konzert der Sängerschaft „Fridericiana" zugunsten des Verbandes der Auslandsdeutschen.

Von frischen Regentropfen reizvoll übertaut, blickten die sattgrünen Blätter der schönen alten Bäume des Berglogengartens freundlich in den vornehmen großen Saal, von dessen Podium herab die seit Jahrzehnten wertgeschätzte „Fridericiana" am Donnerstag abend wieder einmal die Freunde des edlen Gesanges erfreute. In der Tat, sie sangen edel, diese frohgemuten Musensöhne, ebensogut ausgeglichen in den Bässen wie in den Tenören, hier wie dort frei von Prätention, offenbar bestrebt nur durch die Gesangsgesamtleistung zu wirken und auch erfolgreich in ihrem Eifer. Die Vortragsfolge war, wie immer, voll Geschmack und wenn überhaupt ein Werk daraus hervorgehoben sein soll, so mag es Franz Schuberts „Nachtheile" für Männerchor, Sopransolo und Klavierbegleitung sein. Die Musikstatt der „Fridericiana" trat nämlich hier besonders zutage, in dem glücklichen Verhältnis zwischen klarer Textaussprache und wohlabgerundeter Tongebung, in der Einfühlung in die Komposition, vor allem aber in dem bezüglich der Einfühlung Dynamik und Rhythmik trefflichen Zusammengehen mit Mitglied Hornickel's glockenreiner Sopranstimme. Das war ein Genuß der durch die vorzügliche Begleitung eines leider ungenannten Fridericianers am Steinwegflügel noch im orchestralen Sinne gesteigert wurde. Die Leipziger Gesangssolistin erwies im übrigen in einer Reihe von Schubert- und Brahmsliedern von neuem ihr glänzende Schulung, die allerdings in punkto Tonstützung noch einer Verbesserung fähig ist, ihre überall, zumal nach der helleren Seite echte Empfindung und ihre zweifellose Sicherheit. Nur möge sie ruhiger stehen und die Arme weniger bewegen, auch nicht, wie bisher, allzu sehr mit Zugaben geizen! Denn Musikdirektor Otto Volkmann-Magdeburg, der das Konzert so umsichtsreich, in hochkünstlerisch leitete, wäre sicher gern bereit gewesen, die perlende Köstlichkeit seiner Klavierbegleitung beizusteuern. An rauschendem Beifall hat es ja, und mit Recht, allen Mitwirkenden auch bei diesem Sommerkonzerte nicht gefehlt. Dr. K. B.

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr gelangt als letzte Vorstellung für Donnerstag-Stammkarten-Inhaber die Oper „Carmen" zur Aufführung. Sonnabend „Als ich noch im Flügelkleide", Sonntag nachmittag 4½ Uhr Fremdenvorstellung „Die Meistersinger von Nürnberg", Montag „Der Zigeunerbaron".

Städtische Kammerspiele in Bad Wittekind. Auf die heute, Freitag, abends 7½ Uhr stattfindende Aufführung von „Stella" ein Schauspiel für Liebende von Goethe sei nochmals hingewiesen.

Lebensmittel-Kalender.

Verlegung von Markenausgabestellen. Vom 26. d. M. werden folgende Markenausgabestellen verlegt: 1. die 5. Ausgabestelle von Wörmlitzerstraße 98 und die 26. Ausgabestelle von Wörmlitzer Straße 113 nach Steinweg 21 (Schankwirtschaft zur Nelke); 2. die 18. Ausgabestelle von Reilstraße 8 nach Ludwig-Wucherer-Straße 26 (Schankwirtschaft zur Olive); 3. die 8. Ausgabestelle von Dryanderstraße 35 nach Bernhardstraße 44 (Freyberger Bierstuben), und 4. die 7. Ausgabestelle von Annenstraße 1 nach Wörmlitzer Straße 113 (Schankwirtschaft Minkmar).

Versorgung mit Kartoffeln. In der Woche vom 26. Juli bis 1. August können auf die Marke 51 der blauen Kartoffelkarte 5 Pfund Frühkartoffeln gekauft werden. Der Preis für das Pfund Kartoffeln beträgt 50 Pfg. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend, den 24. Juli, bis einschl. Mittwoch, den 28. Juli. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag, den 29. Juli, abzuliefern.

125 Gramm Margarine. In der Woche vom 26. Juli bis 1. August können auf die Marke 31 der neuen braunen Fettkarte für jede Person eines Haushaltes 125 Gramm Margarine zum Preise von 2,70 Mk. abgegeben werden. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkundenliste bewirkt ist. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 2. August abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule, am Sonnabend, den 24. Juli 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 20 001 bis 22 500 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Es können an jede Person eines Haushaltes 115 Gramm zum Preise von 1 Mk. abgegeben werden. — Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Malzextrakt an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und ältere Leute von 70 Jahren an, von Braßett (kein Pflanzenfett), Fleisch- und Wurstkonserven und weißen Bohnen mit Fett in der Talamtschule, am Sonnabend, den 24. Juli 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 75 001 bis 84 500 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an eine Dose Malzextrakt zum Preise von 4,80 Mk. abgegeben werden. — Ferner können gegen Vorlage des Lebensmittelscheines an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund Braßett zum Preise von 7,50 Mk. für das halbe Pfund, ½ Kilo-Dose Fleisch- und Wurstkonserven zum Preise von 3 Mk. und eine Dose weiße Bohnen mit Fett zum Preise von 1 Mk. abgegeben werden. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Ackerbohnen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß Ackerbohnen in den Kleinhandelsgeschäften bis auf Widerruf freihändig zum Verkauf gelangen können. Diejenigen Kleinhändler, die mit ihren Vorräten geräumt haben, können sich einen Bezugsschein im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, I. Obergeschoß, 2. Saal links, in den Vormittagsstunden von 8 bis 12 Uhr ausstellen lassen.

Predigt-Anzeigen.

8. Sonntag nach Trinitatis, den 25. Juli 1920.

Abkürzungen: Abendmahl = (A.), Kindergottesdienst = (K.) Bibelstunde = (B.).

U. L. Frauen. 8: (A.) Fritze. 10: Bauke. 11¾: (K.) Kirche, Fritze. 10½: Klinikskapelle, Heindorf.

St. Ulrich. 8: Schütz. 10: (A.) Thiede.

St. Ulrich-Ost, Krondorferstr. 6a. 10: Schütz.

St. Moritz. 8: Vikar Gilek. 10: Voigt. Hospital. 10: Keller.

Domkirche (ref. Gem.). 10: Roenneke. 6: Lang. Freitag, 8: Lang. 8¾: akadem. Gottesdienst, Eger.

Laurentius. 8: Hagemeyer. 10: Förster. 11½: (K.) Ernst Wagner. Dienstag, 8: (B.) Gemeindehaus, Förster.

Stephanus. 8: Meinhof. 10: Hagemeyer. Mittwoch, 3: Miss. Nähverein, Gemeindehaus. Donnerstag, 8: Zeitandacht, Albrechtstr. 27, Meinhof. Freitag, 8: Mitterabend, Albrechtstr. 27, Hagemeyer.

Diakonissenhaus. 10: Generalsuperintendent Schöttler.

Paulus. 8: Teege. 10: (A.) Haberland. 2 (K.) Stud. Menzel. Mittwoch, 8: Gemeinschaftsstunde.

St. Georgen. 8: Vikar Jahr. 10: Gisecke. Mittwoch, 8: (B.) Gisecke.

Giebichenstein. 10: Vikar Jahr.

St. Johannes. 8: Kinderpastor. 10: Buts. 12¾: (K.) Buts. 2 (K.) Fahmer.

Stadtmission. Abds. 8¼: Evangelisation, Schniewind. Dienstag, 8¼: Gemeinschaftsstunde.

Giebichenstein: Bartholomäus. 8: Molkenteller. 10: Wind. Freitag, abds. 8: Bibelbesprechung, Vik. Molkenteller, Pestalozzistraße 4.

Giebichenstein: Petrus. 10: Molkenteller.

Trotha. 10: Jenrich (A.). (K.) fällt aus. Donnerstag, 8: (B.) Jenrich. Mittwoch, 8: Kirchenchor-Uebungsstunde im Kaffeegarten.

Diemitz. 9: Wetzold. 10½: (K.) derselbe.

Evang.-luth. Gemeinde, Weidenplan 4. 10: Gottesdienst.

Christliche Gemeinschaft (i. d. Landeskirche), Margaretenstr. 5. 8¼: Evangelisation. Donnerstag, 8¼: Bibelstunde.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage, Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer i. V.; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Mitteldeutsche Privat-Bank, A-G.
Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692.
Depositenkasse Reilstrasse 133, Fernspr. 6189.
Depositenkasse Wörmlitzerstr. 1. Fernspr. 6676.
Ausführung aller bank mässigen Geschäfte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200723048/fragment/page=0002